



**Johannes Pflug**

Mitglied des Deutschen Bundestages

---

Johannes Pflug, MdB Deutscher Bundestag UdL 50 10117 Berlin

**Deutscher Bundestag**

Unter den Linden 50  
10117 Berlin

☎ (030) 227 73819

☎ (030) 227 78762

📠 (030) 227 76403

✉ [johannes.pflug@bundestag.de](mailto:johannes.pflug@bundestag.de)

**Wahlkreis**

Krummacher Str. 33  
47051 Duisburg

☎ (0203) 24 396

📠 (0203) 298 30 48

✉ [johannes.pflug@wk.bundestag.de](mailto:johannes.pflug@wk.bundestag.de)

Berlin, den 20. September 2007

**„Wo drückt der Schuh“**

Sehr geehrte Frau,

Ich freue mich über ihr Interesse an unserer Aktion „Wo drückt der Schuh“.

Ich kann Ihre Sorge um die Rentenentwicklung nachempfinden. Konjunkturelle Probleme, die schwierige Lage am Arbeitsmarkt, die demographische Entwicklung und lückenhafte Erwerbsbiographien belasten unsere sozialen Sicherungssysteme. Für die Rentenversicherung erweist sich die hohe Arbeitslosigkeit – vor allem älterer Arbeitnehmer – als Problem. All dies führt uns vor Augen, dass wir die sozialen Sicherungssysteme krisenfest machen müssen.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt weiter die zentrale Säule der Alterssicherung. Wenn sich die Rahmenbedingungen in Zukunft erneut verändern, wird sich auch die gesetzliche Rentenversicherung anpassen. Diese Anpassungsfähigkeit, die die Rente in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt hat, ist auch künftig ihre Stärke. Wir alle, ob jung oder alt, müssen unseren Beitrag leisten damit der Generationenvertrag auch in Zukunft fortbesteht. Um den gewohnten und gewünschten Lebensstandard im Ruhestand auch in Zukunft halten zu können, muss zusätzliche private und/oder betriebliche Vorsorge getroffen werden. Immer mehr Menschen in Deutschland erkennen die Notwendigkeit und den



**Johannes Pflug**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Nutzen zusätzlicher finanzieller Absicherung nach dem Arbeitsleben. Riester-, Rürup- und betriebliche Renten spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle.

Die Riester-Rente ist ein voller Erfolg: Zum Ende 2006 überschritt die Anzahl dieser privaten, staatlich geförderten Zusatzrente die 8-Millionen-Grenze.

Die Erhöhung des Rentenalters hilft dabei das umlagefinanzierte Rentensystem zu stabilisieren und unsere langfristigen Ziele zu erreichen:

- Den Beitragssatz zur Rente bis zum Jahr 2020 nicht über 20 % (2030 nicht über 22 %) steigen zu lassen. Damit entlasten wir Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.
- Das Rentenniveau vor Steuerabzug bei 46 % zu halten. Heute liegt das Rentenniveau vor Steuerabzug bei 52 %, was einem reinen Nettorentenniveau von etwa 68 % entspricht.
- Das tatsächliche Renteneintrittsalter zu erhöhen, das mit etwa 63 Jahren (Zugänge in Altersrenten ohne Erwerbsminderungsrenten) in den vergangenen Jahren zwar deutlich angestiegen ist, heute aber immer noch unter dem gesetzlichen Rentenalter liegt.

Dabei steht für uns die Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund. Daher macht es auch Sinn, die Rente mit 67 in einem Atemzug mit der Initiative 50plus unseres Ministers Franz Müntefering zu nennen. Wir wissen, dass eine Erhöhung des Rentenalters ins Leere laufen muss, wenn sich die derzeitige Arbeitsmarktlage für ältere Menschen nicht grundlegend ändert. Die Einschränkung der Frühverrentungsmöglichkeiten und die Einführung von Abschlägen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente haben in der Vergangenheit das Rentenzugangsverhalten zwar bereits positiv verändert, aber eine längere Lebensarbeitszeit kann nicht allein durch die formale Änderung des Rentenrechts erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pflug